

Luxemburg, 15. Juni 2024

---

**Stellungnahme zu KI im luxemburgischen Bildungssystem**  
**Sonderausschuss „Künstliche Intelligenz und ihr Einsatz in der Schule“**  
**(Übersetzte Fassung)**

---

Künstliche Intelligenz ist ein Thema, das in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen hat. Dabei wurden in kürzester Zeit erstaunliche Fortschritte erzielt, und es sind zahlreiche Tools für künstliche Intelligenz (KI) wie große Sprachmodelle, pädagogische Hilfsmittel und Lernprogramme entstanden.

Einer der Schlüsselaspekte der vorliegenden Stellungnahme zum Thema Bildung ist die Feststellung, dass sich die Lehrkräfte offensichtlich noch nicht vollständig an diese neuen Tools gewöhnt haben, während die Schüler\*innen sie bereits eifrig nutzen. Darüber hinaus scheint es den Lehrkräften an Ressourcen zu mangeln, die ihnen zeigen, wie sich diese Tools effizient in den Unterricht und außerschulische Aktivitäten einbinden lassen.

Außerdem ist das Fehlen einer strategischen Vision für die Integration dieser Technologien in den Bildungssektor zu beobachten. Das Jugendparlament befasst sich in der vorliegenden Stellungnahme mit diesen und weiteren Fragen.

**In Erwägung nachstehender Gründe:**

- A. Das Jugendparlament ist sich der vielfältigen und systematischen Probleme bewusst, die vielen KI-gestützten Tools innewohnen und die eine vorbehaltlose Integration von KI in das Bildungssystem zum jetzigen Zeitpunkt nicht rechtfertigen. Zu den Problemen zählen die folgenden:
- Vorurteile zugunsten oder zulasten von bestimmten ethnischen oder gesellschaftlichen Gruppen
  - die Tatsache, dass die Mehrheit der KI nicht mit dem Internet verbunden ist und den Nutzer\*innen daher veraltete Informationen übermittelt
  - die Tatsache, dass es sich bei den meisten KI eher um Sprach- als um Lernmodelle handelt, was dazu führt, dass sie sachlich falsche Informationen sehr überzeugend darstellen
  - die Tatsache, dass die meisten KI-Firmen außerhalb der EU angesiedelt sind, was die Überprüfung ihrer Einhaltung der europäischen Datenschutzvorschriften erschwert und das Risiko eines potentiellen Verkaufs der Daten von luxemburgischen Schüler\*innen birgt
- B. Das Jugendparlament nimmt zur Kenntnis, dass KI-gestützte Tools in der Vergangenheit heimlich von Schüler\*innen genutzt wurden, was:
- durch das Fehlen einer adäquaten Einführung eine unangemessene Verwendung dieser Tools begünstigt,
  - es den Lehrkräften erschwert, den Lernfortschritt ihrer Schüler\*innen zu bewerten und so ihren Bildungsauftrag zu erfüllen.
- C. Das Jugendparlament ist besorgt über die Neigung der Bildungseinrichtungen, die Nutzung von KI-gestützten Tools als Reaktion auf ihre heimliche Verwendung vollständig zu verbieten anstatt sich für einen angemessenen und kritischen Einsatz dieser Tools mit dem Ziel, das Bildungsangebot zu ergänzen und zu bereichern, zu entscheiden.
- D. Das Jugendparlament stellt mit Besorgnis fest, dass es weder eine konkrete Strategie noch ein beratendes Gremium des Ministeriums für Bildung gibt, um einen einheitlichen Ansatz für den Umgang des Bildungssystems mit den Herausforderungen der KI und der heimlichen Nutzung durch die Schüler\*innen zu definieren.
- E. Das Jugendparlament beobachtet, dass ein Großteil der Aufgaben, die das Schreiben, Analysieren, Lesen und sogar Interpretieren von Texten betreffen, von KI-gestützten Tools erledigt werden kann, und befürchtet, dass dies die Qualität des Lernens gefährdet und die Schüler\*innen weniger gut auf Klassenarbeiten und Prüfungen

vorbereitet sind.

- F. Das Jugendparlament bedauert, dass die Nutzung von KI-gestützten Tools ungeachtet der Tatsache, dass immer mehr Akteure auf dem Arbeitsmarkt sie in ihren täglichen Betriebsabläufen einsetzen, im Bildungsbereich und bei der Vorbereitung junger Menschen auf die Arbeitswelt nicht ausreichend thematisiert wird.

#### **Das Jugendparlament:**

1. fordert das Ministerium für Bildung auf, die Initiative für eine gründliche Untersuchung von KI-gestützten Tools zu ergreifen, um jene zu identifizieren, die:
  - a. alle europäischen und einzelstaatlichen datenschutzrechtlichen Vorschriften erfüllen,
  - b. den pädagogischen Zielen unseres Bildungssystems entsprechen,
  - c. ein akzeptables Maß an Verzerrung aufweisen,
  - d. ihre Quellen für alle dargestellten Informationen offenlegen,
  - e. sicherstellen, dass die dargestellten Informationen sachlich korrekt sind.
2. schlägt die Gründung einer Sonderarbeitsgruppe aus relevanten Vertreter\*innen des Bildungssektors vor, die untersucht, wie Lehrkräfte dabei unterstützt werden können, diese neuen Technologien besser zu verstehen und einzusetzen. Diese Arbeitsgruppe wäre mit der Erarbeitung der wichtigsten Leitlinien für die Entwicklung einer für alle Lehrkräfte im Grund- und Sekundarschulbereich verpflichtenden Fortbildung zu KI-Tools betraut.
3. fordert das Ministerium für Bildung auf, von einem Verbot der Nutzung von KI-Tools in der Schule abzuraten, um durch die ergänzende Einbindung dieser Tools in die aktuellen Unterrichtsmethoden eine umfangreiche und vielfältige Bildung zu gewährleisten.
4. fordert das Ministerium für Bildung auf, einen Beirat einzuberufen, der sich mit KI und ihrer Nutzung im Bildungssystem beschäftigt und verschiedene, von den Schüler\*innen häufig verwendete Tools bewertet. Dieser Beirat soll untersuchen, welche Tools am zuverlässigsten sind, was die Bereitstellung von sachlich korrekten Informationen und Hindernisse (z. B. mögliche politische Verzerrung durch die entwickelten Modelle) angeht. Um festzustellen, welche Tools von den Schüler\*innen am häufigsten verwendet werden, könnte der Beirat unter anderem auf anonyme landesweite Umfragen zurückgreifen.

5. fordert die Regierung auf, den Lehrkräften vertrauenswürdige „Anti-KI“-Tools zur Verfügung zu stellen, damit sie den heimlichen Einsatz dieser Technologien im Rahmen von Schulaufgaben erkennen können.
  
6. fordert das Ministerium für Bildung auf, unter Berücksichtigung der Stellungnahme des oben genannten Beirates eine konkrete, aber auf mögliche Entwicklungen des „KI-Marktes“ reagierende Strategie zu entwickeln, um KI-gestützte Tools in das Bildungssystem zu integrieren, z. B. durch die Schaffung neuer Kurse und/oder die Einbindung dieser Themen in bestehende Kurse. So soll sichergestellt werden, dass die Ausbildung der Schüler\*innen weiterhin den künftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit KI entspricht.

Der Aufstieg der künstlichen Intelligenz verändert unsere Gesellschaft tiefgreifend in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Luxemburg muss sich wie der Rest der Welt an diese neue Realität anpassen. Dabei spielt das Bildungssystem eine wesentliche Rolle. Es ist jedoch besorgniserregend, dass dieser Entwicklung im luxemburgischen Bildungssystem noch nicht vollständig Rechnung getragen wird. Die Einbindung von künstlicher Intelligenz in den Unterricht birgt gleichermaßen große Chancen wie Risiken. Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der KI ist es unerlässlich, dass Luxemburg in naher Zukunft fundierte Maßnahmen zum Umgang mit diesen neuen Technologien ergreift. Einerseits ist es unumgänglich, KI aktiv in die Bildung einzubinden, andererseits muss ein potentieller Missbrauch dieser Technologien und ihres Potentials, die freie Meinungsbildung zu beeinflussen, bekämpft werden. Ein solcher Ansatz ermöglicht den Schüler\*innen einen positiven Umgang mit KI und stattet sie gleichzeitig mit den notwendigen Grundfertigkeiten aus, sich in einer immer stärker von Algorithmen beeinflussten Welt zurechtzufinden.